

Allgemeinverfügung des Landrates des Landkreises Ludwigslust-Parchim

Zur Anordnung von Schutzmaßnahmen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 i.V.m. §§ 29 und 30 (Infektionsschutzgesetz- IfSG)

Absonderung von Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften, sonstige Beschäftigten, Erzieherinnen und Erziehern der Grundschule „Adolf-Diesterweg“ und des Hortes in Parchim als Kontaktpersonen in häusliche Isolation (Quarantäne)

I. Diese Allgemeinverfügung gilt für

1. Alle Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und sonstige Beschäftigte der Adolf-Diesterweg Grundschule, Mönchhof 7, 19370 Parchim, die seit dem 11.11.2020 die Grundschule besucht haben sowie
2. alle Schülerinnen und Schüler, Erzieherinnen und Erziehern und sonstige Beschäftigte des Hortes der Adolf-Diesterweg Grundschule, Fischerdamm 6, 19370 Parchim, die seit dem 11.11.2020 den Hort besucht haben.
3. Ausgenommen sind Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte oder sonstige Beschäftigte sowie Erzieherinnen und Erzieher der unter Ziff. I. 1 genannten Schule und des unter Ziff. I. 2 genannten Hortes, die seit dem 11.11.2020 positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden. Gegenüber letztgenannten Personen erfolgt eine separate Anordnung der Maßnahmen.

II. Anordnungen

1. Für die unter Ziff. I. 1 und 2 genannten Personen wird mit Wirkung vom 15. November 2020 bis zum Ablauf des 26. November 2020 eine Absonderung in der Häuslichkeit (sogenannte häusliche Quarantäne) angeordnet.
2. Innerhalb des unter Ziff. II. 1 festgesetzten Zeitraums (Quarantänezeit) darf die Wohnung nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes verlassen werden. Ferner ist es untersagt, Besuch von Personen empfangen, die nicht dem eigenen Haushalt angehören.
3. Für die Quarantänezeit unterliegen die unter Ziff. I. 1 und 2 genannten Personen der Beobachtung durch das Gesundheitsamt. Sie haben dabei insbesondere auf Befragung des Gesundheitsamts über alle ihren Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben und

Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial zu dulden sowie den Anordnungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten.

4. Für die Dauer der Quarantänezeit ist zweimal täglich die Körpertemperatur zu messen. Die Ergebnisse sind aufzuzeichnen. Die Pflicht zur Aufzeichnung gilt auch für das Auftauchen etwaiger Symptome.
5. Sofern innerhalb der Quarantänezeit bei den unter Ziff. 1 und 2 genannten Personen oder anderen Kontaktpersonen aus dem eigenen Haushalt unspezifische Allgemeinsymptome oder akute respiratorische Symptome jeder Schwere auftreten, besteht die Verpflichtung umgehend den Fachdienst Gesundheit unter 03871 722 -53 34, -53 35, - 53 39 hierüber zu unterrichten.
6. Zudem sind die empfohlenen Hygieneregeln wie folgt zu beachten:
 - a. Kontakte zu anderen Personen sind auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken.
 - b. In der Häuslichkeit soll nach Möglichkeit eine zeitliche und räumliche Trennung von den anderen Haushaltsmitgliedern eingehalten werden. Eine zeitliche Trennung kann z.B. dadurch erfolgen, dass die Mahlzeiten nicht gemeinsam, sondern nacheinander eingenommen werden. Eine räumliche Trennung kann z.B. dadurch erfolgen, dass der Aufenthalt in einem anderen Raum als die anderen Haushaltsmitglieder erfolgt.
7. Für den Fall des Auftretens oder Vorliegens von Symptomen oder falls medizinische Hilfe benötigt wird, ist telefonisch die Praxis/ der Kassenärztliche Notdienst/ das Krankenhaus/ die Rettungsleitstelle zu kontaktieren und dabei darüber zu informieren, dass er eine Kontaktperson einer Person ist, die mit dem neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) infiziert ist.
8. Für die Adressaten dieser Allgemeinverfügung wird für den 19. November 2020 ein Corona-Test angesetzt. Die detaillierten Termine werden den Lehrkräften und Erziehern durch den jeweiligen Leiter der Einrichtung bekanntgegeben. Diese informieren die Eltern der Schülerinnen und Schüler.
9. Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar, § 28 Absatz 3 i.V.m. § 16 Absatz 8 IfSG.
10. Es wird auf die Vorschrift des § 75 IfSG hingewiesen, wonach derjenige, der einer vollziehbaren Anordnung nach § 30 Absatz 1 IfSG zuwiderhandelt, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldbuße bestraft wird.
11. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

12. Diese Allgemeinverfügung kann durch Einzelbescheide an die Betroffenen konkretisiert werden.

Begründung:

Die getroffenen Anordnungen stützen sich auf §§ 16, 28, 29, 30 und 31 IfSG. Gemäß § 16 Absatz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit hierdurch drohenden Gefahren, wenn Tatsachen festgestellt werden, die zum Auftreten einer übertragbaren Krankheit führen können oder anzunehmen ist, dass solche Tatsachen vorliegen.

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft gemäß § 28 Absatz 1 S. 1 IfSG die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 IfSG genannten, soweit und solange es zur Verhinderung oder Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist; sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 29 IfSG können Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige und Ausscheider einer Beobachtung unterworfen werden. Wer einer Beobachtung nach Absatz 1 unterworfen ist, hat die erforderlichen Untersuchungen durch die Beauftragten des Gesundheitsamtes zu dulden und den Anordnungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten. § 25 Absatz 3 IfSG gilt entsprechend. Eine Person nach Satz 1 ist ferner verpflichtet, den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu seiner Wohnung zu gestatten, auf Verlangen ihnen über alle seinen Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben und im Falle des Wechsels der Hauptwohnung oder des gewöhnlichen Aufenthaltes unverzüglich dem bisher zuständigen Gesundheitsamt Anzeige zu erstatten. Die Anzeigepflicht gilt auch bei Änderungen einer Tätigkeit im Lebensmittelbereich im Sinne von § 42 Absatz 1 Satz 1 IfSG oder in Einrichtungen im Sinne von § 23 Absatz 5 oder § 36 Absatz 1 IfSG sowie beim Wechsel einer Gemeinschaftseinrichtung im Sinne von § 33 IfSG. § 16 Absatz 2 Satz 4 IfSG gilt entsprechend. Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz), der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz) werden insoweit eingeschränkt.

Bei der sich gegenwärtig weltweit verbreitenden Erkrankung COVID-19, die durch den Coronavirus (SARS-CoV-2) verursacht wird, handelt es sich um eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 28 Absatz 1 Satz 1 i.V. m. § 2 Nr. 3 IfSG.

Dabei kann im Hinblick auf die exponentielle Steigerung der Infektionszahlen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in anderen Staaten bislang lediglich festgestellt werden, dass diese Krankheit augenscheinlich leicht übertragbar ist, ohne dass die Übertragungswege im Einzelnen geklärt sind. Gesichert erscheinen dabei lediglich Übertragungsmöglichkeiten im Wege der Tröpfcheninfektion bzw. der Schmierinfektion oder der Ansteckung über die Bindehaut der Augen (vgl. RKI SARS-CoV-2 Steckbrief, Stand 23. März 2020, www.bit.ly/2UGSnkB ; vgl. insofern schon VG Oldenburg, Beschluss vom 31.03.2020, 7 B 709/20, zit. n. Juris). Andere mögliche Übertragungswege, wie zum Beispiel das Verbreiten der Viren durch Ausatmen von Atemluft gemeinsam mit im Rachenraum befindlichen Viren werden derzeit noch wissenschaftlich diskutiert, ohne dass abschließende Ergebnisse vorliegen, die eine umfängliche Erklärung für die schnelle Verbreitung des Erregers abgeben könnten.

Die unter Ziffer I. 1 und 2 genannten Personen wurden im Rahmen der Ermittlungen zu einem Fall einer Erkrankung an dem neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) als Kontaktpersonen festgestellt. Es handelt sich hier um eine hochgradig ansteckende Erkrankung, sodass für die in Ziffer I. 1 bis 2 genannten Personen die konkrete Gefahr besteht, angesteckt zu sein, zu erkranken oder weitere anzustecken. Die Zeit von der möglichen Ansteckung bis zum Auftreten von Krankheitszeichen beträgt 14 Tage.

Der genannte Personenkreis ist aufgrund eines bestätigten Covid-19-Falles eines Schülers der Adolf- Diesterweg- Schule als Kontaktperson 1. Grades zu beurteilen. Die Schüler/innen, Lehrkräfte, Erzieher/innen und sonstige Beschäftigte, welche in der Zeit seit dem 11.11.2020 den in Rede stehenden Hort und die Schule besucht haben, waren im Rahmen des offenen Hortkonzepts der Schule in einem so nahen Kontakt zu der auf SARS-CoV-2 positiv getesteten Person, dass eine häusliche Isolation eine geeignete, notwendige und erforderliche Maßnahme zur Verhütung der Ausbreitung und Unterbrechung der Infektionsketten ist. Die Adolf- Diesterweg- Schule Parchim stellt eine definierte Gruppe dar. Ebenso verhält es sich mit dem Hort dem der Adolf-Diesterweg- Schule. Ansteckungen aller Klassenstufen können mithin nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere ist eine Beschränkung des Infektionsgeschehens auf einzelne Klassen oder Gruppen (Cluster) nicht gegeben und im Hinblick auf eine mögliche Unterbrechung von Infektionsketten nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachvollziehbar.

Die Ermächtigungsgrundlagen der §§ 16 und 28 IfSG räumen der Gesundheitsbehörde Ermessen ein. Die Gesundheitsbehörde hat ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Die Anordnungen sind geeignet, um die Ausbreitung der weltweit verbreiteten Erkrankung COVID-19, die durch den Coronavirus (SARS-CoV-2) verursacht wird, einzudämmen. Die rasante Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) und die damit einhergehenden schweren Erkrankungen können gerade durch die angeordneten Maßnahmen der Quarantäne

verhindert werden. Mildere Mittel oder gleichwertige Schutzmaßnahmen sind angesichts der bestehenden Gefahrenlage nicht ersichtlich und angesichts des Risikos weitere Ansteckungen nicht vertretbar.

Durch den Einsatz einer Allgemeinverfügung soll sichergestellt werden, dass alle Betroffenen sofort erreicht werden. Die nachträgliche Konkretisierung durch Einzelbescheidung der Betroffenen bleibt vorbehalten.

Bei bestehenden Fragen und für weitere Informationen wenden sich die betroffenen Personen bitte an das Gesundheitsamt. Nutzen Sie die Telefonnummer 03871 - 722 53 00 oder richten Sie Ihre Fragen per E-Mail an fd53@kreis-lup.de.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landkreis Ludwigslust-Parchim - Der Landrat-, Putlitzer Straße 25 in 19370 Parchim einzulegen.

Parchim, 14.11.2020

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stefan Sternberg', with a large, stylized flourish extending downwards and to the right.

Stefan Sternberg
Landrat